

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Anette Kramme, Gabriele Lösekrug-Möller, Hubertus Heil (Peine), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/9725 –

Chancen eröffnen und Fachkräfte sichern

A. Problem

Mit dem demographischen Wandel droht Deutschland nach Aussage der Antragsteller in Zukunft eine gravierende Fachkräftelücke bei gleichzeitiger großer Unterbeschäftigung.

B. Lösung

Die Antragsteller fordern einen Gesetzentwurf der Bundesregierung und entsprechende Initiativen, u. a. um die berufliche Weiterbildung zu stärken, die Hochschulen zu öffnen und die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umzubauen. Das Recht auf finanzielle Förderung beim Nachholen eines Schulabschlusses sei als Pflichtleistung auszustatten.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Konkrete Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/9725 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2013

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Sabine Zimmermann
Vorsitzende

Ulrich Lange
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Ulrich Lange

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/9725** ist in der 181. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Mai 2012 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller verweisen darauf, dass die Bundesagentur für Arbeit verschiedene Handlungsfelder zur Fachkräftesicherung definiert habe. Unter anderem werde gefordert, die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschlüsse sowie der Ausbildungsabbrüche zu reduzieren und Übergänge in den Beruf zu verbessern. Erwerbspartizipation und Lebensarbeitszeit von Menschen über 55 solle erhöht, Erwerbspartizipation und Arbeitszeitvolumen von Frauen gesteigert werden. Darüber hinaus solle man Qualifizierung und Weiterbildung vorantreiben sowie die Arbeitsmarkttransparenz erhöhen.

Der politische Umsetzungsprozess sei derart auszugestalten, dass neben Arbeitsuchenden auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Gelegenheit zum beruflichen Aufstieg erhielten. Der drohende Fachkräftemangel sei auch für eine Politik der neuen Chancen zu nutzen. Beschäftigte sollten Schulabschlüsse und Ausbildungen nachholen können, Beschäftigte öfter Meisterinnen oder Meister und Technikerinnen oder Techniker werden und leichter – auch ohne Abi-

tur – Hochschulabschlüsse erlangen können. Auch Menschen mit Behinderung könnten bei entsprechender Förderung und in einem inklusiven durchlässigen Arbeitsmarkt ihre Chancen auf Ausbildung verstärkt wahrnehmen und so zur Sicherung der Fachkräftebasis beitragen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Gesundheit** sowie der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben den Antrag auf Drucksache 17/9725 in ihren Sitzungen am 12. Juni 2013 beraten und dem Deutschen Bundestag gleichlautend mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen. Der **Haushaltsausschuss** hat dasselbe Votum in seiner Sitzung am 25. Oktober 2012 abgegeben.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/9725 in seiner 138. Sitzung am 12. Juni 2013 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Berlin, den 12. Juni 2013

Ulrich Lange
Berichterstatter

